

# IN KRISENZEITEN DIE ÜBERSICHT BEHALTEN



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen von Krisen geprägten Zeiten mag es nicht verwundern, wenn zunehmend die Übersicht über eben noch klar zu beantwortende Fragen schwindet und sich Verunsicherungen oder Zukunftsängste auch in Deutschland bemerkbar machen. Die Politik versucht, an den Stellschrauben zu drehen, ohne dass wir sagen können, welche Folgen sich hier noch zeigen. Sicher können alle Verantwortlichen derzeit keine heile Welt skizzieren – und die wirtschaftlichen Folgen für Wirtschaft und Bevölkerung sind, je nach Dynamik der Krisen, nicht wirklich abschätzbar.

So notwendig eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung und Fokussierung auf erneuerbare Energien für unser Weltklima ist, so wird es sicher eine entscheidende Aufgabe bleiben, hier international erforderliche Standards zu etablieren, die alle Verursachernationen binden. So fallen etwa mehr als 75 % der klimaschädlichen Zementproduktion in Asien an, doch die dort aktivsten Länder werden auf absehbare Zeit nicht gewillt oder in der Lage sein, auf entsprechende Mengen an Beton für ihre Infrastrukturprojekte zu verzichten. Hier gilt bislang offenbar zumeist: Klimafreundliche Produktion verteuert das Endprodukt – eine Preisverzerrung für all die Länder, die versuchen, etwa CO<sub>2</sub> in der Produktionskette zu senken.

Hinzu kommen die durch Sanktionen infolge des Krieges in der Ukraine sprunghaft gestiegenen Energiekosten bei Gas und Strom sowie das Embargo von Öl, mit Belastungen für Großprojekte vor allem auch im Straßenbau. Gerade der in Deutschland wichtige Mittelstand wird die Verteuerungen und Verknappung von Energie und sonstigen Gütern nicht ewig schadlos überstehen. Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sind entsprechend gefährdet.

Parallel wird von der Politik die Bereitstellung von Herstellkapazitäten für 400.000 Wohnungen pro Jahr gefordert, wovon 100.000 Sozialwohnungen zu besonders niedrigen Kosten erstellt werden sollen, um gedeckelte Mieten zu sichern. Kontraproduktiv war hier wohl der Stopp der KFW-Förderung für Wohnungen und Eigenheime im Frühjahr 2022. Dieser hat bislang zu einer schlagartigen Reduzierung von Bauanträgen für Wohnungsbauten geführt.

Auch die Förderinstrumente im Wärmemarkt sind sicher zu überdenken – also etwa eher erdgekoppelte Wärmepumpensysteme mit besseren Leistungszahlen als Luft-Wärmepumpen zu unterstützen. Und dies erfordert nicht nur Lösungen für Neu-, sondern insbesondere auch für Bestandsbauten.

Doch was können wir ändern? Wir in der Bauindustrie können uns als Ingenieure allen machbaren Faktoren annehmen. Dazu könnten u. a. die CO<sub>2</sub>-Anteile bei den diversen Bauverfahren mittels eines Carbon-Kalkulators ermittelt werden, um eine Gesamtbilanz zu betrachten, bestehend aus Preis, Bauzeit und CO<sub>2</sub>-Menge. Dies müsste bei privaten und öffentlichen Projekten hinsichtlich Präqualifizierung und Vergabe eine Bedingung werden. Die könnte helfen, vergleichsweise zeitnah einen erheblichen Anteil der aktuellen CO<sub>2</sub>-Belastungen im Bausektor zu minimieren.

Zudem müssen Firmen ihr Handeln in Sachen Nachhaltigkeit überdenken und zertifiziert werden, um nicht weiterhin gegen Preisdumping-Unternehmen im Wettbewerb das Nachsehen zu haben. Ein exzellentes Beispiel gibt es aus der Gebäudewirtschaft, wo die Zertifizierung von Gebäuden über die DGNB seit vielen Jahren nachhaltiges Bauen unterstützt.

Es bleibt die Hoffnung auf die Entwicklung weiterer innovativer Werkstoffe und Verfahren auch im Bereich der Zementherstellung sowie insbesondere auf die Etablierung eines wirtschaftlich machbaren wie klimaschonenderen Energiemixes. Packen wir es an – und nicht nur aufgrund politischer Vorgaben –, denn wenn nicht jetzt, wann dann?

Glück auf!

**Uwe Hinzmann**

Vorsitzender der Bundesfachabteilung Spezialtiefbau  
im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie